

«Tatsächlich eine Ruine»

Max Walter, Gemeindepräsident von Regensdorf, wehrt sich gegen Vorwürfe des Heimatschutzes

Im Streit um das halb zerstörte Haus «Fröschegrueb» in Regensdorf gehen die Wogen hoch. Gemeindepräsident Max Walter zeigt ein «gewisses Verständnis» für den Besitzer.

Herr Walter, der Heimatschutz wirft der Gemeinde Regensdorf vor, den Schutz des Hauses Fröschegrueb jahrelang vernachlässigt zu haben. Hat sie das?

Ganz klar nein. Diesen Vorwurf hat schon einer der Vorgänger des heutigen Heimatschutzpräsidenten Martin Killias erhoben. Seine Anzeige hatte aber keine juristischen Konsequenzen, weil sich der Vorwurf nicht belegen liess. Zudem haben wir vom heutigen Besitzer immer wieder Schutzmassnahmen gefordert, und diesen Forderungen ist er jeweils auch nachgekommen.

Im Streit um das Haus wird schweres Geschütz aufgeföhren: Heimatschutzpräsident Martin Killias spricht von «frischen Sägespuren» im Haus, der Besitzer der Liegenschaft wirft dem Heimatschutz «erpresserische Geldforderungen» vor. Wo steht die Gemeinde?

Die Gemeinde versucht seit Jahren zwischen den beiden Parteien zu vermitteln, und eine Weile lang sah es auch ganz gut aus. Bei einer Vergleichsverhandlung hatte das Baurekursgericht erfolgreich auf einen Kompromiss gedrängt. In der Folge verpflichtete sich der Besitzer,



«Heute ist die Fröschegrueb von Pilz und Ungeziefer befallen.»

Max Walter
Gemeindepräsident
Regensdorf

umfassende Schutzmassnahmen in der angrenzenden Liegenschaft zu ergreifen, im Gegenzug zeigte sich der Heimatschutz bereit, einen Rückzug des Rekurses zu erwägen. Dann aber erhielt der Liegenschaftsbesitzer eine E-Mail der Heimatschützer, in der sich diese zwar kompromissbereit zeigten, aber eine pekuniäre Vergütung forderten.



Trauriger Anblick: das Haus Fröschegrueb in Regensdorf, wie es sich Anfang Juli zeigte. Heute fehlt ein Teil.

SIMON TANNER / NZ

Das war zwar eher ungeschickt formuliert als erpresserisch gehandelt, aber nun war der Zapfen definitiv ab.

Und die «frischen Sägespuren»?

Diese Aussage von Martin Killias hat mich sehr überrascht. Ich glaube, er war einfach falsch informiert. Laut dem von uns beigezogenen Ingenieur rühren die Spuren wohl daher, dass der Besitzer die zum Schutz angebrachten Stützvorrichtungen verstärken liess. Auf vorsätzliche Sabotage deutet nichts hin.

Der Besitzer des Hauses hat am letzten Freitag einen Teilabbruch veranlasst, von dem die Gemeinde nichts wusste. Wie ist so etwas möglich?

Ja, er war etwas sehr schnell... Er hat die Gemeinde zwar mit einem Brief informiert, dieser erreichte uns aber erst am späten Freitagvormittag. Der Ingenieur des Liegenschaftsbesitzers hatte

aus Sicherheitsgründen auf einen sofortigen Rückbau gedrängt. Zum selben Ergebnis kam übrigens auch ein Gutachten, das die Gemeinde in Auftrag gegeben hatte. Wir wären also nach der internen Besprechung am Montagabend wohl zum selben Resultat gekommen.

Trotzdem, das Vorgehen ist mehr als grenzwertig.

Ja. Korrekterweise hätte der Besitzer bei uns ein Abbruchgesuch einreichen müssen. Er hatte wohl Angst vor einem langwierigen Verfahren und auch davor, dass er bei einem Unfall haftbar gemacht worden wäre. Dafür habe ich ein gewisses Verständnis.

Noch 2003 hat die Gemeinde den Abbruch verweigert und erwohnen, das Haus zu kaufen, um daraus ein Ortsmuseum zu machen. 2012 wurde der Schutz-

umfang reduziert. Wie kam es zu diesem Sinneswandel?

Das Haus war 2003 schon nicht mehr stabil, aber davon wusste die Gemeinde noch nichts. Spätere Untersuchungen sollten zeigen, dass nur 40 Prozent der Gebäudesubstanz aus dem 16. Jahrhundert stammen, und davon gelten wiederum nur 6 Prozent als erhaltenswert. Über die Jahrhunderte wurden tragende Elemente ausgebaut. Heute ist die Fröschegrueb von Pilz und Ungeziefer befallen und tatsächlich eine Ruine.

Verliert eine Gemeinde mit solch massiven Eingriffen, wie sie dem Haus Fröschegrueb drohen, nicht immer auch ein Stück Identität?

Es gibt Bauten, um die es schade ist. Wenn über 90 Prozent eines Hauses nicht mehr erhaltenswert sind, stellt sich aber die Frage der Verhältnismässigkeit.

Interview: Christina Neuhaus

Staub aufgewirbelt, Augen entzündet

Winterthur stoppt Recyclingfirma

flu. · Es gehört zu den Routinevorgängen in der Winterthurer Deponie Riet, dass Schlacke aus der Kehrrechtverbrennungsanlage aufbereitet und Altmetall daraus gewonnen wird. Durchschnittlich einmal pro Jahr baut eine private Recyclingfirma ihre Maschinen auf und filtert während ein paar Wochen Rückstände aus der Schlacke, die sich angesammelt hat. So war es auch jetzt wieder geplant – doch am Montagabend musste die Firma ihre vergangene Woche begonnenen Arbeiten kurzfristig einstellen.

Denn wegen des trockenen Wetters und des starken Westwindes entstand so viel Staub, dass er mit dem normalen Mittel eines kontrollierten Wassereinsatzes nicht genügend eingedämmt werden konnte. Dies führte zu Klagen von Fahrenden, die derzeit auf dem benachbarten Durchgangsplatz wohnen. Die Rede war von entzündeten Augen und gereizten Atemwegen, wie die Stadt am Dienstag mitteilte. Stadtpolizei und Bezirksarzt haben daraufhin die Lage bei der Deponie inspiziert. Gemäss Mitteilung hat die Stadt die Aufbereitung einstellen lassen. Sie und die Recyclingfirma haben entschieden, die Maschinen abzubauen und die Arbeiten erst im November wieder aufzunehmen. Zu dem Zeitpunkt werde das Wetter wieder passender sein und zweitens sei der Durchgangsplatz von November bis März nicht besetzt, teilt die Stadt mit.

Baustart

an umstrittener Ampel

Winterthur erschliesst «Filetstück»

flu. · Am kommenden Montag beginnen in Oberwinterthur die Bauarbeiten für den neuen Verkehrsknoten, der das Industrieareal Frauenfelderstrasse erschliessen wird – ein Areal, das lange Zeit als «Filetstück» der Stadtentwicklung galt. Für die neue Kreuzung wird die Frauenfelderstrasse etwas verbreitert, mit neuen Abbiegespuren versehen und einem Lichtsignal ausgestattet. Zwei grosse Platanen der Allee müssen weichen und werden an anderer Stelle ersetzt. Den Rad- und Gehweg lässt die Stadt um einige Meter verlegen.

2,1 Millionen Franken hat der Gemeinderat Ende Juni für den Bau des Knotens bewilligt. Unter dem Strich wird die Stadt aber nur 280 000 Franken bezahlen müssen, da der grösste Teil der Kosten vom Strassenfonds des Kantons übernommen wird. Dennoch wurde im Gemeinderat um den Knoten gestritten.

Denn kurz zuvor hatte der Stadtrat angekündigt, dass er künftig den Pendlerverkehr stadteinwärts dosieren und mittels Ampeln steuern wolle. Und wegen seiner peripheren Lage wäre das neue Lichtsignal auf der wichtigen Frauenfelderstrasse wie geschaffen als «Tropfenzähler». Der Schaffung einer Eintrittspforte am Stadtrand wollten einige Bürgerliche aber einen Riegel schieben und in einem Zusatz zur Vorlage festhalten, dass beim Betrieb der Ampel stets die Verkehrsfrequenz auf der Frauenfelderstrasse berücksichtigt werden müsse. Sie scheiterten allerdings ebenso wie die SVP, die den Kredit um den Betrag für das Lichtsignal kürzen wollte, wie der «Landbote» berichtete.

25 Jahre lang ohne Ausweis gefahren

jhu. · Wie lange kann man ohne Führerausweis Auto fahren, ohne dabei erwischt zu werden? Mit etwas Glück sehr lange, wie eine Mitteilung der Zürcher Kantonspolizei zeigt. Im Zürcher Oberland kontrollierte die Polizei am Donnerstag einen Autofahrer, der auf einer Strasse unterwegs war, auf der ein temporäres Fahrverbot gilt. Bei der Kontrolle fiel den Polizisten auf, dass der Lenker seit über 25 Jahren keinen gültigen Führerausweis mehr besitzt. Der 45-jährige Mann wird nun bei der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Fünf Zürcher Sprayer in Italien erwischt

Waggons in Parma besprüht

(sda) · Fünf Zürcher Sprayer im Alter von 25 bis 29 Jahren sind in der vergangenen Woche der italienischen Bahnpolizei ins Netz gegangen. Die Männer sollen aus dem Fan-Milieu des FC Zürich stammen. Die Sprayer hätten drei abgestellte Waggons am Bahnhof in Parma besprüht, sagte eine Sprecherin der Bahnpolizei der Emilia-Romagna am Dienstag der Nachrichtenagentur SDA. Sie bestätigte eine Meldung der italienischen Tageszeitung «La Repubblica». Die verurteilten Männer seien in flagranti von den Bahnpolizisten erwischt worden – diese beschlagnahmten rund 30 Spraydosen sowie Fotoapparate und Videokameras. Letztere seien dazu genutzt worden, um die Graffiti für entsprechende Internetportale zu dokumentieren. Auffallend häufig sei die Abkürzung FCZ gesprayed worden.

Die Männer haben nach Angaben der Bahnpolizei im Verhör angegeben, in Italien Ferien zu machen. Der entstandene Schaden belaufe sich auf «mehrere hundert Euro». Den fünf Sprayern droht laut Bahnpolizei eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr – zudem müssen sie mit einer Geldstrafe von bis zu 1000 Euro rechnen sowie die Kosten für die entstandenen Schäden begleichen. Der Kontakt mit Schweizer Untersuchungsbehörden sei bereits aufgenommen worden, so die Bahnpolizei Parma. Zurzeit befänden sich die Männer auf freiem Fuss.

«Vorkommnisse sind absolut inakzeptabel»

Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch verurteilt die Attacke auf einen Juden in Wiedikon

Der von Rechtsradikalen angegriffene orthodoxe Jude fürchtet, bei einer Anzeige seine Anonymität zu verlieren. Trotzdem könnte die Polizei von Amtes wegen aktiv werden.

fbi. · Am Abend des 4. Juli attackierten rund 20 Rechtsradikale in Zürich Wiedikon einen orthodoxen Juden und beschimpften den Mann mit üblen antisemitischen Parolen. Der Vorfall hat nun auch die Politik auf den Plan gerufen. Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch bezeichnete den antisemitischen Angriff in einem Post auf Facebook als «absolut inakzeptabel». «Wir wollen unsere Weltoffenheit und den Respekt zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Herkunft mit Überzeugung und aller Kraft bewahren», schreibt Mauch. Kulturelle und religiöse Traditionen könnten in Zürich sichtbar gelebt werden. Dies zeichne die Stadt seit langem aus.

«Sie zeigten Zivilcourage»

Es handle sich um eine persönliche Stellungnahme der Stadtpräsidentin, sagt Lukas Wigger vom Präsidialdepartement auf Anfrage. Corine Mauch habe sich aus den Ferien gemeldet und um die Aufschaltung des Statements ge-

beten. Erfreut über die Stellungnahme zeigt sich der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG). Eine breite politische Allianz gegen antisemitische Äusserungen und Übergriffe sei wichtig, sagt Generalsekretär Jonathan Kreutner. «Wir begrüßen deshalb die Aussagen der Stadtpräsidentin.» Als positives Zeichen wertet es Kreutner auch, dass bei der Attacke Anfang Juli Personen dazwischengegangen waren und die Polizei riefen. «Sie zeigten Zivilcourage und verhinderten damit Schlimmeres.»

Noch unklar ist, ob das Opfer Strafanzeige wegen Tötlichkeit einreichen wird. «Er befürchtet, dass die Anonymität gegenüber den Tätern nicht gewahrt werden kann», sagt Kreutner, der mit dem Mann in Kontakt steht. Dieser sei immer noch eingeschüchert. Orthodoxe Juden müssten sich in Zürich zwar immer wieder Beschimpfungen anhören. Ein Angriff wie jener Anfang Juli sei bisher glücklicherweise, soweit bekannt, ein Einzelfall. Derweil ermittelt die Stadtpolizei Zürich, ob bei der Attacke auch ein Verstoß gegen die Rassismustrafnorm vorliegt. Da es sich um ein Offizialdelikt handelt, würden die Strafverfolgungsbehörden in einem solchen Fall von Amtes wegen aktiv werden. Die Befragungen zu dem Vorfall liefen jedoch noch, sagt Stadtpolizei-Sprecherin Judith Hödl.

Beim Haupttäter des Vorfalls in Wiedikon handelt es sich laut der «Sonn-

tags-Zeitung» um den 27-jährigen Sänger einer Schweizer Neonazi-Band. Er soll den Juden beschimpft, bespuckt und geschubst haben. Im Internet tauchte derweil die Ankündigung einer rechtsextremen Veranstaltung mit dem Titel «Rock fürs Vaterland» am nächsten Wochenende auf, bei der auch die Band des mutmasslichen Haupttäters auftreten sollte. Die Konzerte sollen im Grossraum Zürich über die Bühne gehen. Die Polizei beobachtet die Lage laut eigenen Angaben genau. Es sei jedoch noch völlig unklar, ob und wo ein derartiger Anlass stattfinden werde, sagt Hödl. Zu den Schritten, welche die Polizei gegebenenfalls ergreifen würde, wollte sie sich nicht äussern.

Anlass im Auge behalten

SIG-Generalsekretär Kreutner fordert, dass die Behörden den Anlass im Auge behalten und die nötigen Massnahmen ergreifen, um die Veranstaltung zu verhindern. «Wir erwarten, dass die Behörden sofort eingreifen, falls rassistisches oder antisemitisches Gedankengut verbreitet wird.» Dies fordert auch die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus in einer Mitteilung. Man erwarte, dass die Behörden wachsam seien und Gesetzesverstöße verhindern oder ahndeten. Zudem appelliert die Stiftung an Politiker, am 1. August gegen Antisemitismus, Gewalt und Ausgrenzung Stellung zu beziehen.